

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 18 – CO2-Endlager verbieten

Dazu sagt der umweltpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 439.09 / 17.09.2009

CO2-Endlager verbieten

In Schleswig-Holstein hat die RWE-DEA AG im März 2008 auf Antrag eine Erlaubnis nach Paragraf 7 Bundesberggesetz erhalten, die Möglichkeiten der Speicherung von CO₂ zu untersuchen. Der Antrag wurde vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie genehmigt. RWE DEA wollte drei Gebiete in Nordfriesland, Ostholstein und der küstennahen Nordsee außerhalb der zwölf Meilen Zone untersuchen.

Das Konzept CCS (carbon capture and storage) ist die große Hoffnung der Energiekonzerne trotz der vollständigen Versteigerung der CO₂-Zertifikate ab 2013 neue Kohlekraftwerke wirtschaftlich betreiben zu können. Mit der Abtrennung des CO₂, des Transportes des verflüssigten CO₂ und der Endlagerung in alten Lagerstätten von Erdöl und Erdgas sowie salinen Akquiferen z.B. in Schleswig-Holstein, würden sich die Kosten der Zertifikate in Luft auflösen.

Völlig unklar ist, was CCS kosten wird und ob die CO₂-Endlager dauerhaft, also mindestens 10.000 Jahre, dicht sein werden. Ich erwähne die Salzstöcke, die für die Endlagerung des Atommülls in Frage kommen. Das Beispiel Asse II zeigt uns in aller Dramatik, dass das Forschungsatommülllager schon nach 25 Jahren abgängig ist, es sollte doch angeblich 100.000 Jahre sicher sein.

Die EU-Kommission hat eine Richtlinie für CCS beschlossen. Eine wichtige Voraussetzung für die zukünftige Genehmigung von Kraftwerken mit einer elektrischen Leistung von mehr als 300 MW ist der Nachweis über verfügbare geeignete Speicherstätten. Das kann zurzeit kein einziger Kraftwerksbetreiber.

Die große Koalition aus CDU und SPD in Berlin wollte noch vor der Bundestagswahl ein Gesetz über Anlagen zur Abscheidung, zum Transport und zur Speicherung von CO₂ (Kohlendioxid-Anlagengesetz) beschließen. Damit sollte der Weg für das Verpressen von CO₂ freigemacht werden.

In Nordfriesland und Schleswig/Flensburg haben sich sehr schnell große Bürgerinitiativen gegen ein CO₂-Endlager in ihrer Region gebildet. Mit ausschlaggebend war die Information über eine geplante RWE-CO₂-Pipeline vom Kraftwerksstandort Hürth in Westfalen bis zu einem möglichen Lager in Stadum/Hörup. Dieser gewaltige Bürgerprotest sorgte dafür, dass die CDU einknickte und in Berlin die Gesetzesverabschiedung stoppte. Interessant war, dass die Bundestagsfraktion der SPD weiterhin zu ihren Gesetzesentwurf steht. Wo bleibt da die Konsequenz bei der SPD?

Genauso ist es mit der Kohleverbrennung. Im Bundestagswahlkampf streitet die SPD für den Bau neuer Kohlekraftwerke und für die Verlängerung der Kohleförderung über 2018 hinaus. Auch ohne CCS? Es ist doch klar, wenn in Schleswig-Holstein kein CO₂-verpresst werden darf, dann gibt es auch keine Endlagerung in NRW, Niedersachsen oder Bayern. Überall wird es diesen BürgerInnenprotest geben.

Die CDU hat jegliches Gespür für die Befindlichkeiten der ländlichen Bevölkerung verloren. Es sind die früheren treuen CDU-Wähler, die auf die Barrikaden steigen. Wie kann eine Partei mit dem Begriff „Heimat“ werben und gleichzeitig den Grund und Boden der BürgerInnen für ein CO₂-Endlager missbrauchen. Der tiefe Vertrauensverlust wird bestehen bleiben.

Wenn der Ministerpräsident erklärt, dass die CCS-Projekte nicht gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden, dann muss er auch die Konsequenz ziehen: CO₂-Endlager in Schleswig-Holstein verbieten! In der Drucksache 16/2849 zu den energiepolitischen Leitlinien erklärt die CDU-Landesregierung, dass sie weiterhin alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen will, um den Bau von CO₂-Speicherstätten in Schleswig-Holstein zu verhindern. Nur zu, jetzt kann die CDU-Fraktion ja unserem Antrag zustimmen.

Schleswig-Holstein darf nicht zum CO₂-Klo der Nation werden. Wir leben von den erneuerbaren Energien und dem Tourismus, da sind CO₂-Endlager fehl am Platz. Die Grünen wollen keine neuen Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein.

Im Landeshaushalt sind beim Umweltministerium für das „Projekt zur Modellierung und Parametrierung von CO₂ Speicherung in salinen Formationen in 2009 171.400 Euro und in 2010 153.900 Euro eingestellt. Die Grüne Landtagsfraktion hatte beantragt, die Mittel zu streichen. Leider erfolglos.
